

Volk will gleichberechtigte Familienmodelle

Abstimmung Die Ablehnung der Wirtschaftskammer-Initiative «Familie und Beruf» fiel mit 82,4 Prozent überraschend deutlich aus. Nun ist die Politik gefordert.

Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li

Obwohl sich bereits im Vorfeld eine Ablehnung abzeichnete: Dieses vernichtende Resultat hat niemand erwartet. Sowohl Befürworter als auch Gegner zeigten sich «geschockt». Die Initiative «Familie und Beruf» der Wirtschaftskammer hatte zum Ziel, dass das Mutterschaftstaggeld nicht mehr von der Krankenkasse, sondern von der Familienausgleichskasse (FAK) getragen wird. Zudem strebte sie eine gesetzliche Regelung für die Finanzierung der Kindertagesstätten an. Die Diskussionen über die Initiative bewegten sich, je näher der Abstimmungstermin rückte, in Richtung dessen, was die Vorlage nicht bewirkt. Nicht berufstätige Frauen rückten dadurch ins Zentrum, welche von der Neuerung nicht profitiert hätten.

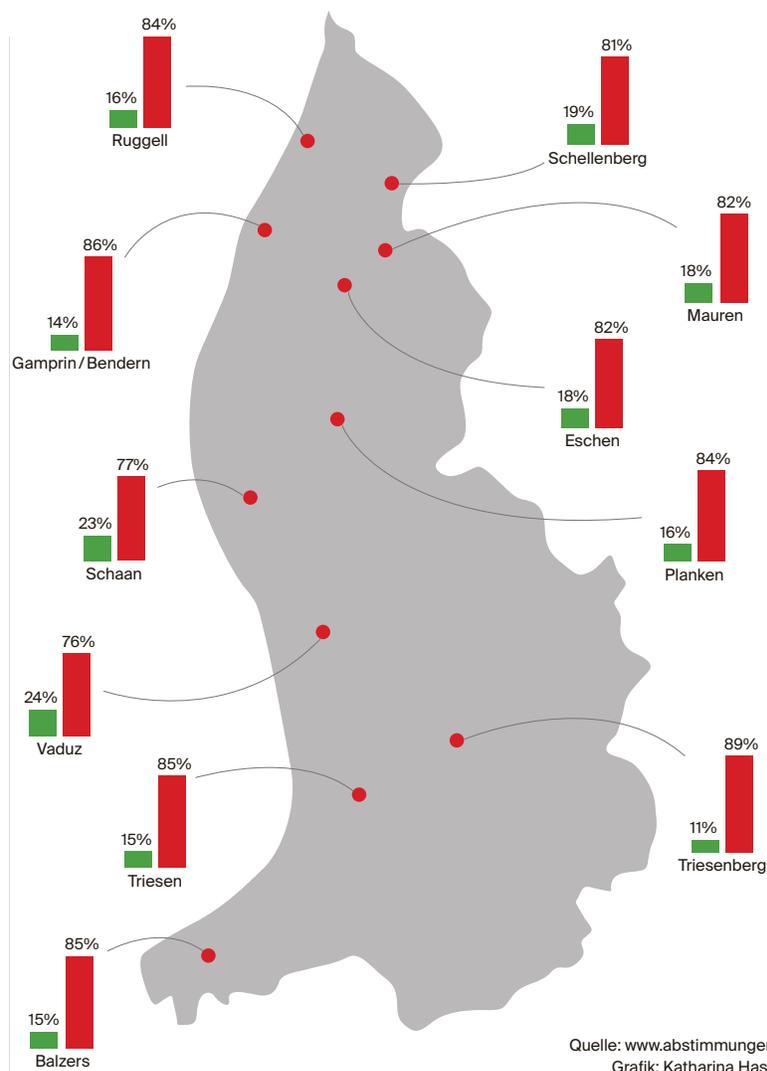
Familienpolitik wird zum Wahlkampfthema

Dieser Umstand war offensichtlich ein Hauptgrund für die deutliche Ablehnung. Dies zeigte gestern auch eine Online-Umfrage auf vaterland.li. Von 353 Teilnehmern erklärten mehr als 44 Pro-

zent, dass sie die Initiative deshalb abgelehnt hätten, weil sie wollen, dass «Familie und Beruf» und «Familie als Beruf» die gleiche Unterstützung erhalten. 21 Prozent begründeten ihre Ablehnung damit, dass sie gegen eine Finanzierung des Mutterschaftstaggeldes aus der FAK sind. 15 Prozent sind gegen eine gesetzliche Regelung der Kita-Finanzierung. Immerhin knapp neun Prozent erklärten ihre Ablehnung zu einem «Denkzettel» für die beiden Regierungsparteien.

Sowohl die VU, wie auch die FBP haben für die Abstimmung die Ja-Parole beschlossen. Auch die oppositionelle Freie Liste empfahl ein Ja. Die Unabhängigen (DU) gaben keine Empfehlung ab, waren aber prominent im Gegenkomitee vertreten. Die Stellungnahmen der Parteipräsidenten von VU und FBP machen deutlich, dass die Familienpolitik zu einem Hauptthema im Wahlkampf wird. Die FBP will eine alte Idee wieder salonfähig machen: Sie plädiert für eine «intelligente» Erhöhung des Kindergeldes. Die VU will keine «schnellschüssigen Vorschläge», sondern «solide, sorgfältige und mehrheitsfähige Lösungen.» **2/3**

Deutliche Ablehnung in allen Gemeinden



Quelle: www.abstimmungen.li
Grafik: Katharina Hasler

Kommentar

Ohrfeige gegen Feigenblätter

Das Abstimmungsergebnis ist für Liechtenstein schon fast historisch. Noch nie wurde eine Initiative so deutlich verworfen. Und dies obwohl VU, FBP und FL eine Ja-Empfehlung abgegeben haben. Damit ist das Resultat auch ein Weckruf an die Parteien, die Gefühle, Ängste und Sorgen der Bürger ernster zu nehmen.

Die Zeit der «Feigenblätter» ist vorbei. Dies musste die Wirtschaftskammer schmerzlich erfahren. Sie wollten der Wirtschaft etwas Gutes tun und das Mutterschaftstaggeld von der Krankenkasse zur FAK verschieben. Damit wären die Taggeldprämien für Betriebe gesunken. Als Feigenblatt nutzte die Wirtschaftskammer die Kita-Finanzierung, die Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini so ähnlich bereits in die Vernehmlassung geschickt hatte. Das Feigenblatt flog davon und die Wirtschaftskammer stand nackt da. Argumente gegen die Emotionen im Volk fehlten.

Auch Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini kam die Initiative als Feigenblatt gerade recht. So musste er mit einer Gesetzesvorlage zur Kita-Finanzierung nicht die Emotionen des Volkes auf sich lenken. Aber auch den Parteien kam der Vorstoss der Wirtschaftskammer gelegen. Kurz vor den Wahlen konnte man dem Gewerbe zeigen, dass man trotz Bedenken zur Initiative hinter ihnen steht und den «Schritt in die richtige Richtung» begrüsst.

Nur der FBP-Parteipräsident Thomas Banzer scheint andere Lehren aus der Abstimmung zu ziehen. Er sieht sein FBP-Ohr in der Familienpolitik näher beim Volk. Dies obwohl in dieser Legislaturperiode von der FBP keine familienpolitischen Vorstösse, geschweige denn Reformideen zu vernehmen waren.

Das Volk will eine transparente Politik, klare Haltungen und vor allem durchdachte Lösungen.



Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li



Gute Miene zum bösen Spiel: Das Initiativkomitee der Wirtschaftskammer nach der Abstimmungs-Schlappe.

Bild: Tatjana Schnalzegger

«Wir sind vom Landtag enttäuscht»

Abfuhr Schlimmer hätte die Abstimmung für die Initianten kaum ausgehen können. Das Initiativkomitee zeigte sich vom Landtag, der Berichterstattung und den Frauen enttäuscht.

Dorothea Wurmbrand Stuppach
dstuppach@medienhaus.li

Für die Initianten von «Familie und Beruf» war es ein harter Wahlsonntag. Die Initiative wurde mit 82,4 Prozent so deutlich abgelehnt, dass sich vor allem zwei Fragen stellen: Warum gab es ein dermassen klares Nein und was hätte die Wirtschaftskammer anders machen können? Für Arnold Matt, den Präsidenten der Wirtschaftskammer, war direkt nach der Abstimmung klar: «Der älteste Liechtensteiner hat zugeschlagen, nämlich der Neid». Gerade die Kita-Förderung wurde in den letzten Wochen zur Achillesverse der Initiative. Dabei geht es darum, dass Kita-Plätze finanziell aus dem Topf der Familienausgleichskasse (FAK) gefördert werden sollten.

Abstimmung wurde zur Grundsatzdiskussion

Viele sprachen sich in dieser Debatte aber dafür aus, dass gleiches Recht für alle herrschen sollte.

Gegner argumentierten, das Modell sei den Frauen gegenüber nicht fair, die daheim bleiben.

«Mich hat der Gegenwind von den Frauen selber am meisten enttäuscht, die daheim sind und uns in den Rücken gefallen sind», erklärte Gunilla Marxer-Kranz vom Initiativkomitee. Keiner der Initianten habe damit gerechnet, dass man die unterschiedlichen Familienmodelle gegeneinander ausspielen würde und dass es zur Grundsatzdiskussion werden würde.

Im Nachhinein würden die Initianten der Wirtschaftskammer aber nichts anders machen – ausser vielleicht, dass sie mehr Aufklärungsarbeit betreiben würden. Denn Arnold Matt ist überzeugt, dass die Abstimmung auch eine Verständnisfrage war. Viele hätten erst gar nicht verstanden, worum es überhaupt ging. Dass am Ende gerade aber die Kita-Förderung zum grossen Knackpunkt wurde, darüber zeigt sich Jürgen Nigg, der Geschäftsführer der Wirtschaftskammer, verärgert:

«Der Landtag sagte mehrfach, dass die Kita-Förderung völlig unbestritten ist und lag damit völlig falsch. Wir sind vom Landtag enttäuscht». Bei der Frage, ob es besser gewesen wäre, nicht über zwei Fragestellungen abstimmen zu lassen, waren sich bei der Wirtschaftskammer alle einig: Diese zwei Themen gehören zusammen. Wenn Frauen der Wiedereinstieg in den Beruf erleichtert wird, müssten sie im Gegenzug auch Lösungen für ihre Kinder haben. Allerdings haben es die Initianten bedauert, dass die Kita-Förderung so in den Vordergrund gespielt wurde. Jürgen Nigg zufolge, wurde von allen Medien nur noch dies thematisiert.

«Schwangerschaft ist keine Krankheit»

Das Mutterschaftstaggeld, das neu über die FAK finanziert werden sollte anstatt über die Krankenkasse, sei untergegangen. Trotz allem steht das Initiativkomitee, bestehend auch Gunilla Marxer-Kranz, Arnold Matt, Jür-

gen Nigg, Isabell Schädler und Hans-Peter Tschütscher, noch immer hinter der Art und Weise, wie die Kampagne geführt wurde.

Bisher wurde das Krankentaggeld von der Krankenkasse bezahlt. «Firmen, die viele Frauen anstellen, leiden unter den hohen Prämien», erklärte Marxer-Kranz. Nach Plan der Wirtschaftskammer hätte dieses künftig von der FAK finanziert werden sollen, die von den eingezahlten Geldern der Unternehmen finanziert wird. Die Prämien wären so jährlich um 15 Prozent günstiger geworden.

Arnold Matt hatte im Vorfeld der Abstimmung mit 30 Prozent gerechnet, die sich für die Initiative aussprechen, musste dann aber bereits nach den ersten Ergebnissen feststellen, dass die Zeit noch nicht reif dafür ist: «Liechtenstein ist nach wie vor ein stark konservatives Land». Die Wirtschaftskammer sieht sich trotz Ablehnung der Initiative aber nicht als Verlierer, denn dieses Anliegen sei endlich breit diskutiert worden.

Stellungnahme von Regierungsrat Mauro Pedrazzini

Qualifizierte Arbeitsgruppen einsetzen

Zuerst möchte ich den Initianten meinen Dank aussprechen für Ihr Engagement zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das Volk hat die Initiative überaus deutlich abgelehnt. Damit stellt sich nun die Aufgabe, nach neuen Lösungen zu suchen, wie Fortschritte in der Familienpolitik und dabei insbesondere im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erzielt werden können.

Eine Aufgabe, welche sich dem Ministerium für Gesellschaft jetzt stellt, ist die Verteilung der Subventionen für Kindertagesstätten gerechter auszugestalten. Das klare Votum des Volkes ist für mich ein Hinweis darauf, dass aus der Familienausgleichskasse weder Gelder direkt in die Wirtschaft noch partiell nur zu den Kindertagesstätten fliessen sollen. Das Liechtenstein Institut hat eine

Nachwahlbefragung angekündigt. Wir werden diese analysieren, um die Wünsche der Bevölkerung zu diesem Thema aufzunehmen.

Die FAK verfügt über sehr hohe Reserven und erwirtschaftet jährlich Überschüsse. Damit besteht grundsätzlich die Möglichkeit, diese den Familien – unabhängig vom gewählten Familienmodell – zukommen zu lassen. Wir haben uns in den letzten Wochen und Monaten mit möglichen Lösungen im Bereich der Familienpolitik befasst. Dabei haben wir auch ein Modell geprüft, in dem es jungen Familien durch eine Erhöhung des Kindergeldes ermöglicht wird, im ersten Lebensjahr des Kindes von einer höheren Unterstützung zu profitieren. Alternativ könnten sich die Familien im Sinne einer Wahlfreiheit auch für eine grundsätzliche Erhöhung des Kindergeldes

über die ganze Bezugsdauer entscheiden. In Summe soll die Unterstützung für die beiden Wahlmöglichkeiten jedoch gleich hoch sein. Durch einen solchen Zustupf zum Haushaltseinkommen soll es der Familie ermöglicht werden, im ersten Lebensjahr des Kindes selbst zu entscheiden, wie und in welchem Pensum sich die Eltern im Erwerbsleben betätigen wollen und auch welche Art einer allfälligen Fremdbetreuung gewählt werden soll. Finanziert werden soll diese Erhöhung des Kindergeldes durch die Überschüsse der FAK sowie über einen kontrollierten Reservenabbau über die nächsten Jahrzehnte.

Die engagierten Diskussionen sowohl im Rahmen der Vernehmlassung der Regierungsvorlage als auch im Vorfeld dieser Volksabstimmung haben uns gezeigt, dass offen-

bar ein grosses Bedürfnis für eine breite Diskussion familienpolitischer Fragestellungen besteht. Das Ministerium für Gesellschaft wird diese Diskussion führen und entsprechende Vorstösse machen. Gleichzeitig bleiben diverse Probleme aber ungelöst. Im Bereich der Krankentaggeldversicherung und im Bereich der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist es nach Ansicht des Ministeriums nun angezeigt, qualifizierte Arbeitsgruppen separat mit den beiden Themenfeldern zu be-
fassen.



Mauro Pedrazzini
Regierungsrat

Freie Liste

«Wer traut sich noch?»

«Mit dieser Abstimmung ist die Frage der fehlenden Kita-Plätze nicht gelöst», erklärt FL-Präsident Pepo Frick unmittelbar nach der deutlichen Abfuhr der Initiative. Er stelle eine Amerikanisierung fest, die am Ende dazu geführt habe, dass man die Initiative mit Argumenten auseinandergenommen hat, die mit der Initiative selbst nicht mehr viel zu tun gehabt hätten. «Nun befürchte ich einen Stillstand bei diesem Thema, obwohl wir dringenden Handlungsbedarf haben. Denn wer traut sich jetzt noch, dieses Heft in die Hand zu nehmen?»

Er sorge sich besonders über den politischen Stil, der an den Tag gelegt wurde. Es sei neu, dass man ein Thema derart «verhackt». «Hier wäre unter Umständen eine einfache Initiative erfolgversprechender gewesen. Dann hätte man dieses Thema breiter diskutieren können.» Die Halbherzigkeit der Regierung, vor allem die ziemlich verhaltene Zustimmung des Gesellschaftsministers Mauro Pedrazzini, habe auch eine wichtige Rolle gespielt, weshalb sich die Leute leicht getan haben, die Initiative abzulehnen. Er habe nur einen Aspekt befürwortet. Das sei zu wenig. Nun seien die Initiativgegner in der Pflicht. Die Themen Elternurlaub und der Bereich der Tagesmutter habe die Freie Liste schon seit Jahrzehnten auf der politischen Agenda – und werde sich weiterhin zu diesen Themen äussern und aktiv bleiben. (mw)



Pepo Frick
FL-Parteipräsident

Sieg ohne Überschwang

Abfuhr Trotz des grossen Erfolgs des Gegenkomitees ist die Stimmung im Abstimmungslokal sachlich. Es gehe jetzt darum, gute Lösungen zu finden.

Michael Winkler
mwinkler@medienhaus.li

Beim Betreten des Löwen in Benden war nicht gleich klar, dass die gute eine handvoll Leute gerade einen historischen Abstimmungserfolg feierten. «Wir bleiben eben sachlich, wie wir es beim Abstimmungskampf auch waren», fasst Erich Hasler die «beherrschte» Stimmung zusammen.

Während Pio Schurti die Ergebnisse der einzelnen Gemeinden von seinem Laptop präsentierte, brandete kein Jubel auf. Das Nein wurde von den Komiteemitgliedern erwartet. «Jetzt ist es notwendig, dass wir die Probleme nicht lange vor uns herschieben, sondern gute Lösungen erarbeiten», erklärt Hasler weiter.

Wirtschaft von FAK-Topf erfolgreich ferngehalten

Das Abstimmungslokal füllt sich langsam. Als Herbert Elkuch, der fleissigste Leserbriefschreiber im Abstimmungskampf, eintrifft, kommt bei den Anwesenden Freude auf. Er hatte von Minister Mauro Pedrazzini den Auftrag entgegengenommen, ein Gegenkomitee zu bilden, dem sich Marlies Frommelt aus Eschen, Erich Hasler aus Eschen, Phillip Höller aus Gamprin, Sonja Jeeves aus Vaduz, Pio Schurti aus Triesen und Ilse Tichy aus Triesenberg anschlossen.

Herbert Elkuch wird von den Anwesenden zu seinem Erfolg gratuliert. «Ich sehe mich hier nicht als Sieger», erklärt der bescheidene Schellenberger, «gewonnen haben heute die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner.» Es sei wichtig gewesen, dass man die Wirtschaft vom Topf der Familienausgleichskasse ferngehalten habe. Nun bestehe die Chance, bessere Lösungen zu



Das Gegenkomitee reagiert mit Freude auf die Abstimmungsergebnisse.

Bild: Stephanie Büchel

erarbeiten. «Frauen müssen für die Betriebe attraktiver werden. Heute werden sie klar benachteiligt», erklärt Elkuch. Es sei für die Mütter nicht wichtig, ob das Geld aus der Krankenkasse oder der FAK komme. «Wichtig ist, dass sie Unterstützung erhalten!»

Bekanntnis zu traditionellen Familien

Als erste Gratulantinnen ausserhalb des Gegenkomitees stattet VU-Regierungsrätin Marlies Amann-Marxer den Gewinnerinnen einen Besuch ab: «Ihr habt einen grossen Einsatz an den Tag gelegt und seid dafür von den Bürgern honoriert worden. Ich gratuliere euch zu eurem Sieg.» Es entsteht eine lebendige Stimmung im «Leua-Saal».

Bei den vielen Gesprächen, die im Abstimmungskampf geführt habe, hätten viele Stimmbürger erklärt, dass sie am traditionellen Familienmodell festhalten wollen, erklärt Elkuch. Die Initianten hätten bei ihrer Kampagne fatale Fehler gemacht. «Sie haben einiges vergessen. Die Initiative konnte selbst nicht halten, was sie versprach. Das wurde auch den Bürgern klar», erklärt

Elkuch. Für ihn bestehe kein Zweifel darüber, dass mehr Kitas notwendig sind. «Ich werde sicher das Gespräch mit Mauro Pedrazzini suchen, damit wir hier gute Lösungen finden. Ideen hätten wir schon in der Schublade», so Elkuch. «Wenn er aber bei seinem Modell der Pauschalsubventionierung bleibt, können wir einen Vorstoss im Sinne einer Motion nicht ausschliessen.»

FAK-Überschuss den Familien zukommen lassen

Bei einem kontrollierten Abbau der FAK-Reserven gebe es auch schon Ideen, wie der Überschuss vor allem den inländischen Familien zugute kommen könnte. «Wichtig ist es, dass wir nicht immer mehr Geld ins Ausland überweisen. Wenn hier die Einnahmen, die wir durch die Arbeit der Grenzgänger tätigen, und die Ausgaben nicht mehr im Gleichgewicht sind, bekommen wir ein massives Problem», erklärt der DU-Abgeordnete.

Am Ende sind sich dann auch alle Anwesenden einig: Der Abstimmungsausgang ist nur ein Etappensieg für ihre Sache, denn

die Probleme, die man angehen muss, sind noch nicht gelöst. Das bestätigt das Komitee dann auch am Abend mit einer Medienmitteilung: «Das Komitee gegen die Initiative «Familie und Beruf» bedankt sich bei den Liechtensteinerinnen und Liechtensteinern für ihr klares Votum gegen die Initiative. Es freut uns natürlich besonders, dass unsere Argumente offenbar gehört wurden und auf grosse Zustimmung stiessen», erklärte das Gegenkomitee am Abend via Pressemitteilung. «Wir wollen, dass die Verantwortlichen – hallo, Herr Pedrazzini! – sich heute schon daran machen, eine alternative Lösung auszuarbeiten. Wir werden unseren Beitrag leisten, dass Liechtenstein die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglichst rasch verbessern kann», bietet das Gegenkomitee auch für die weitere Arbeit an den Themen seine Mitwirkung an.

Dabei dürfte allen zugute kommen, dass die Kommunikationsgrundlage mit der Regierung bereits gut ist. «Bei den Recherchen hat mir Mauro Pedrazzini sehr geholfen», erklärt Elkuch.

Die Unabhängigen

«Garant für eine Lösung»

«Wir sind froh, dass wir mit Herbert (Elkuch) und Erich (Hasler) gute Leute in den Reihen der Unabhängigen haben, die sich trauen, den anderen Parteien – den Grossen, und den Weissen sowie – ihre Grenzen aufzuzeigen», lobt Harry Quaderer die Leistung seiner Parteikollegen im Rahmen des Gegenkomitees.

Mit diesem klaren Votum entfalle auch die Notwendigkeit einer Nachwahlbefragung, erklärt Quaderer. «Diese Franken wären sinnlos eingesetzt und könnten gespart werden. Das Volk habe klar gesagt, was es will und was nicht. Als lächerlich bezeichnete Quaderer die Aussage von Thomas Banzer, wonach die FBP-Fraktion das Ohr näher am Volk habe wie die VU. «Er windet sich hierin seiner Hilflosigkeit.» Auch Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini habe der Initiative nur so halbherzig zugestimmt. «Für mich hat er eine ganz schlechte Falle gemacht.» Die Regierung hat es verschlafen, sich für die Initiative einzusetzen. Deshalb ist sie jetzt auch in der Pflicht, gute Lösungen zu liefern.»

Die DU-Fraktion sei der Garant dafür, dass es sicher nicht zu einem Stillstand komme. «Wir werden mit 100-prozentiger Sicherheit dafür sorgen, dass eine Lösung entsteht, bei der alle mitbezogen werden – nicht nur ein Teil der Bevölkerung. Dann seien 90 Prozent dafür statt dagegen. (mw)



Harry Quaderer
DU-Parteipräsident

Stellungnahme des VU-Präsidenten

Keine Schnellschüsse als Reaktion

Die sehr emotional geführte öffentliche Diskussion hat vermieden lassen, dass es für die Wirtschaftskammer schwierig werden wird, die Initiative beim Volk durchzubringen. Dass ein Nein jedoch so überdeutlich ausgefallen ist, obwohl beide Koalitionsparteien und die Freie Liste die Ja-Parole herausgegeben haben, zeigt klar auf, dass in der Familienpolitik dringender Handlungsbedarf gegeben ist.

Dabei geht es nicht nur um Massnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern eben auch um die gleichwertige Gewichtung aller Familienmodelle. Das heisst, die Politik ist nun gefordert, auch das Modell «Familie als Beruf» gleichwertig zu fördern. Die VU-Fraktion hat im November 2014 bereits eine Interpellation zur Familienpolitik eingereicht, damals schon die Gleichwertigkeit aller Familienmodelle postuliert und genau jene Fragen an die Regierung gestellt, die im Vorfeld der Abstimmung vom Sonntag hoch emotional diskutiert worden sind. Die Landespartei hat in dieser Legis-

laturperiode zwei «Zeit für Liechtenstein»-Veranstaltungen zu familienpolitischen Themen durchgeführt. Schnellschüssige Vorschläge als Reaktion auf das Abstimmungsergebnis werden wir keine machen, sondern konsequent und mit der notwendigen Sorgfalt an solid mehrheitsfähigen Lösungen arbeiten, welche möglichst allen Familienmodellen, aber auch der Wirtschaft zu Gute kommen müssen. Die VU nimmt das Thema sehr ernst, ist auch bereit, in der kommenden Legislaturperiode Regierungsverantwortung hierfür zu übernehmen und hat bereits vor Wochen im Vorfeld der Abstimmung eine Arbeitsgruppe mit Gegnern der Initiative einberufen. Dass deutlich mehr als ein Drittel der Stimmberechtigten nicht an die Urne gegangen sind, war ob der Emotionalität der vorgängigen Diskussionen doch sehr überraschend.

Weil die FBP nun im Nachgang zur Volksabstimmung flötet, sie sei insgesamt eigentlich doch noch näher beim Volk gewesen als die VU, muss unbedingt an die Landtagsdebatte vom Juni über die Initiative erinnert wer-

den. Damals versuchte die FBP-Fraktion einen Gegenvorschlag einzubringen, welcher ausser-schliesslich und wortgleich aus dem Kita-Teil der Wirtschaftskammerinitiative bestanden hat. Dieser Gegenvorschlag ist jedoch bei allen anderen Fraktionen so dermassen grandios gescheitert, dass es im Landtag nicht einmal zu einer Abstimmung darüber kam. Und genau der Kita-Teil, so zeigten es die Diskussionen im Vorfeld, hat der Initiative das Genick gebrochen. Einen Schuh voll ziehen beide Freiparteien und mit ihnen die Freie Liste aus dem Abstimmungsergebnis heraus.

Das kleinräumliche Spiel der FBP, wessen Schuh denn nun noch etwas voller sei, sollte eine Partei mit Führungsanspruch aber auch im Wahlkampf nicht notwendig haben.



Günther Fritz
VU-Parteipräsident

Stellungnahme des FBP-Präsidenten

Kindergeld auf intelligente Art erhöhen

Die Initiative wurde sehr deutlich abgelehnt. Ich interpretiere dieses Ergebnis dahingehend, dass das Volk nicht wünscht, dass die Wirtschaft oder die Kitas aus den Geldern der FAK unterstützt werden, sondern dass diese Gelder zur Gänze direkt den Familien zugutekommen sollen. Dies war auch in den der Abstimmung vorangegangenen Diskussionen immer wieder als Grund für eine Ablehnung der Initiative angegeben worden.

Die FBP-Fraktion lag mit ihrer Ablehnung der Initiative offenbar näher beim Volk als die VU-Fraktion. Obwohl der Landesvorstand der FBP mehrheitlich die Ja-Parole beschlossen hat, fiel dieses Ja deutlich schwächer aus als beim VU-Parteivorstand, der praktisch einstimmig für ein Ja votierte. Teile der DU-Fraktion haben sich stark gegen die Initiative eingesetzt, die DU selbst hat aber keine Parole beschlossen.

Nun ist der Weg offen, grundsätzlich über die Famili-

enpolitik nachzudenken. Vielleicht müssen wir damit anfangen, dass wir die Wünsche und Bedürfnisse der Familien in den Mittelpunkt stellen und dann versuchen zu überlegen, wie diese erfüllt werden können. So verschieden die Familien sind, so verschieden sind auch ihre Wünsche und Bedürfnisse.

Je nach beruflichen Möglichkeiten streben heute vielfach beide Elternteile eine Erwerbstätigkeit an. Viele Mütter arbeiten in Teilzeit, so dass sie trotz Erwerbstätigkeit einen grossen Teil ihrer Zeit mit ihren Kindern verbringen, andere verzichten ganz auf die Erwerbstätigkeit, zumindest solange die Kinder klein sind. Diese Familienmodelle müssen gleichberechtigt nebeneinander existieren können, ohne dass diese Familien von aussen kritisiert werden.

Die FAK wäre meines Erachtens durchaus in der Lage, angesichts der jährlichen Überschüsse und der hohen Reserven gewisse Mehrkosten zu verkraften. Ich schlage da-

her vor, dass das Kindergeld auf eine intelligente Art erhöht wird mit der Vorgabe, dass alle Familienmodelle gleich behandelt werden und gleichzeitig eine Lösung gefunden wird, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert.



Thomas Banzer
FBP-Parteipräsident

2017 ERÖFFNEN WIR UNSERE LIKING.

LERNE SIE UNS SCHON HEUTE KENNEN!

www.medionova.com

MEDICNOVA
PRIVATKLINIK LIECHTENSTEIN